

Ursula Schröter, September 2011

DDR-Sozialismus und Patriarchat

Dieses Thema meint den Rückblick auf DDR-Frauenpolitik und DDR-Familienpolitik. Aus meiner Sicht des Jahres 2011, also nicht nur mit DDR-Wissen, sondern auch mit nun 20jährigen alternativen Erfahrungen und nicht zuletzt mit partiellen Kenntnissen aus der gegenwärtigen Patriarchats- bzw. Matriarchatsforschung.

Vor allem zu letzterem sind die gesicherten Aussagen in der Literatur rar. Es gibt nach meiner Wahrnehmung keine unumstrittene Theorie zur Entstehung des Patriarchats, insofern auch keine unumstrittene Definition. Von der deutsch-amerikanischen Historikerin Gerda Lerner stammt der Satz: „Das System des Patriarchats ist ein historisches Konstrukt. Es hat einen Anfang, und es wird ein Ende haben. Seine Zeit scheint zur Neige zu gehen, denn es dient nicht mehr den Bedürfnissen von Männern und Frauen, und seine unauflösliche Verstrickung mit Militarismus, hierarchischer Struktur und Rassismus ist eine unmittelbare Bedrohung für den Fortbestand des Lebens auf unserem Planeten.“¹ Und die Österreicherin Eva Cyba, die die unterschiedlichen Patriarchatsdefinitionen recherchiert hat, kommt zu dem Schluss, dass alle Definitionen auf die soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und auf asymmetrische Machtbeziehungen verweisen - und auf die Tatsache, dass es sich dabei nicht um ein natürliches Phänomen handelt². Noch vielfältiger sind die Auffassungen, die es heute zur Frühgeschichte der Menschheit gibt, also zur Zeit vor dem Patriarchat. Sie reichen von der Vermutung, dass es niemals ein Matriarchat gegeben hätte³ bis dahin, dass matriachale Muster bis heute die Gesellschaft prägen, dass es also diesbezüglich niemals einen deutlichen Bruch gegeben hätte⁴. Entsprechend umstritten sind die Definitionen. Dazwischen liegen Auffassungen, nach denen weltweit in den tropischen, subtropischen und gemäßigten Zonen der Erde matriachale Gesellschaftsformen existierten, die sich in Enklaven bis in die Gegenwart erhalten haben⁵.

All diese theoretischen Unsicherheiten wären für den Rückblick auf die DDR uninteressant, wenn nicht auch das real-sozialistische Konzept eine bestimmte Auffassung zur Patriarchatsentstehung und -überwindung enthalten hätte. Bekanntlich ging Friedrich Engels mit Bezug auf damals aktuelle Forschungen von Bachofen und anderen davon aus, dass es erstens in der Menschheitsentwicklung eine „Herrschaft der

¹ Gerda Lerner, Die Entstehung des Patriarchats, Frankfurt/Main, New York 1991, Klappentext

² Eva Cyba, Patriarchat: Wandel und Aktualität. In: Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie, Hrg. Ruth Becker, Beate Kortendiek, Wiesbaden 2004, S. 15

³ Helen Fisher, Das starke Geschlecht. Wie das weibliche Denken die Zukunft verändern wird, München 2000, S. 202

⁴ Annette Kuhn, Historia. Frauengeschichte in der Spirale der Zeit, Opladen und Farmington Hills 2010

⁵ Heide Göttner-Abendroth, Matriarchat: Forschung und Zukunftsvision. In: Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie, Hrg. Ruth Becker, Beate Kortendiek, Wiesbaden 2004, S. 21

Weiber⁶ gab und dass zweitens mit der Entstehung von Klassen die Männerherrschaft entstanden sei. Zitat: „Der erste Klassengegensatz, der in der Geschichte auftritt, fällt zusammen mit der Entwicklung des Antagonismus zwischen Mann und Weib in der Einzelehe, und die erste Klassenunterdrückung mit der des weiblichen Geschlechts durch das männliche.“⁷ So gesehen hatte es seine Logik, dass mit der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln – Fernziel: klassenlose Gesellschaft – auch die patriarchalische Familie und das hierarchische Verhältnis zwischen Mann und Frau abgeschafft ist. Oder wie es August Bebel in seinem berühmten Buch „Die Frau und der Sozialismus“ ausdrückte, dass mit dem Ende der Klassenherrschaft auch die Herrschaft des Mannes über die Frau endet⁸.

Die Linke in der Bundesrepublik hat daraus die These vom Haupt- und Nebenwiderspruch abgeleitet. In der DDR gab es diese Begrifflichkeit nicht, wohl aber die entsprechende Politik. Die Frauenfrage war in die Klassenfrage, in die „soziale Frage“ eingeordnet, was in der praktischen Politik nicht selten eine Unterordnung bedeutete. Frauenbefreiung galt als Bestandteil der Arbeiterbefreiung.

Die schon erwähnte Gerda Lerner konnte nun in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts nachweisen, dass patriarchale Strukturen sehr viel früher entstanden sind als die Klassengesellschaft. Sie war zunächst auch von marxistischen Positionen ausgegangen, kam dann aber zu dem Schluss, dass die männliche Kontrolle über weibliche Sexualität Ausgangspunkt patriarchaler Gesellschaften war bzw. die „Aneignung der sexuellen und reproduktiven Kapazität der Frauen durch die Männer“⁹. Und diese Aneignung fand lange vor der Entstehung von Privateigentum an Produktionsmitteln statt. Gerda Lerner war sich der Brisanz dieser Forschungsergebnisse für die Frauenpolitik der damals noch existierenden sozialistischen Länder bewusst. Denn wenn Männerherrschaft sehr viel älter ist als Klassenherrschaft, dann muss sie nicht ins Wanken geraten, sobald die traditionelle Klassenstruktur infrage gestellt wird. Dann stimmen die Ausgangspunkte der sozialistischen Frauenpolitik nicht. Oder anders: Wenn Männerherrschaft sehr viel älter ist als Klassenherrschaft, dann kann es ein sozialistisches Patriarchat geben, gegeben haben.

Solche Überlegungen stoßen vor allem bei Ostdeutschen vielfach auf Unverständnis. Denn gerade auf dem Gebiet von Frauen- und Familienpolitik waren die Differenzen zwischen DDR und Bundesrepublik so gravierend, dass sich eine rückblickende Kritik an patriarchalen Strukturen – hier wie dort – zu verbieten scheint. Mir geht es auch nicht darum, die Besonderheiten des sozialistischen Patriarchats gegenüber der jetzt so selbstverständlich erscheinenden kapitalistischen Variante unkenntlich zu machen. Es gab

⁶ Nach Heide Göttner-Abendroth eine unzulässige Gleichsetzung mit Matriarchat, vgl. a. a. O. S. 25

⁷ Friedrich Engels, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. In: Marx/Engels, Ausgewählte Schriften, Teil II, Berlin 1970, S. 205

⁸ August Bebel, Die Frau und der Sozialismus, Berlin 1954, S. 575

⁹ Gerda Lerner, a. a. O., S. 26

in der DDR international anerkannte vorbildliche frauenpolitische Maßnahmen und Gesetze und es gab die damit verbundene Lebensweise. Einige Beispiele:

- * Der Gleichberechtigungsgrundsatz musste in der DDR 1949 nicht wie in der Bundesrepublik mittels Frauenprotesten in die Verfassung gedrückt werden, sondern gehörte zu den Selbstverständlichkeiten.
- * Das Alleinbestimmungsrecht des Mannes in allen familiären Angelegenheiten wurde 1950, also 27 Jahre früher als in der ehemaligen Bundesrepublik, juristisch aufgehoben.
- * Weibliche Berufstätigkeit war nicht nur, wie nach 1990 oft behauptet wurde, der ökonomischen Notwendigkeit geschuldet, sondern gehörte zum Konzept. August Bebel sprach in diesem Zusammenhang von einem Grundgesetz des Sozialismus
- * Damit hängt zusammen, dass die Bildungsoffensive für Frauen, die nach aktuellen Sozialberichten in Deutschland in den 80er Jahren stattgefunden hätte, in der DDR für die 50er und 60er Jahre nachweisbar ist. Seit Mitte der 70er Jahre gab es im formalen Qualifikationsniveau bei den unter 60jährigen keine signifikanten Geschlechterunterschiede mehr.
- * Die Beispiele ließen sich fortsetzen. Es gab in der DDR keinen „feministischen Aufruhr“, keine Kinderläden, keinen erbitterten Kampf um das Abtreibungsrecht, kein Frauenministerium, keine Bewegung ProNo usw. Aber es gab seit Ende der 60er Jahre flächendeckend öffentliche Kinderbetreuung, seit 1972 das Abtreibungsrecht und Ende der 80er Jahre eine Mütterrate von 92 Prozent und eine Berufstätigenrate von 91 Prozent.

Die auffälligen Unterschiede zwischen dem westlichen und östlichen Frauenleben und damit auch zwischen den Orientierungen und Lebensansprüchen der Frauen wurden unmittelbar nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik von Politik und Sozialwissenschaft sehr heftig debattiert. Nach meiner Wahrnehmung gab es in den 90er Jahren zunächst eine Phase, in der an der westlichen Norm kaum gerüttelt wurde, in der eine Anpassung der östlichen Ansprüche an westliche Standards erwartet wurde. Und das ausdrücklich nicht nur bezogen auf den Institutionen-Transfer, sondern auch bezogen auf Wertorientierungen und Verhaltensweisen. Mit Blick auf Frauen betraf das vor allem die so genannte Erwerbsneigung (ein doppelt falscher Begriff). Damals waren es nicht nur Politiker, die behaupteten, ostdeutsche Frauen würden die Männer vom Arbeitsmarkt verdrängen. Es gab Mitte der 90er Jahre auch soziologische Studien, die – methodisch korrekt – belegten, dass die Arbeitsplätze im Osten ausreichen würden, wenn die Frauen eine ähnlich niedrige Erwerbsneigung hätten wie im Westen¹⁰. Auch für andere aktuelle Probleme wie Rechtsradikalismus und Kindestötungen versprach man sich Lösungen,

¹⁰Rüdiger Pohl, Herausforderung Ostdeutschland. Fünf Jahre Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, Berlin 1995

wenn dann die DDR-Relikte überwunden sind. Besonders aufwändig wurde die deutlich höhere Mütterrate der DDR beforscht und schließlich mit der so genannten Instrumentalisierungsthese begründet. DDR-Frauen (meiner Generation) wurde unterstellt, dass sie sich zum Kinderkriegen hätten instrumentalisieren lassen. In Wirklichkeit seien wir mehr an Wohnungen, an Geld (Ehekredit) oder an dem zeitweiligen Ausstieg aus der Berufstätigkeit (Babyjahr) interessiert gewesen¹¹.

Später und vor allem in den letzten fünf/sechs Jahren sind die offiziellen Verlautbarungen zu diesem Thema differenzierter geworden. Im jährlichen Bericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit wurde 2008 erstmals festgestellt, dass es bezüglich weiblicher Erwerbsneigung eine Annäherung des Westens an den Osten gibt. Die Daten dazu sind eindeutig. Im Osten ist der Anteil derer, die sich als freiwillige Hausfrauen bezeichnen, seit 20 Jahren immer unter 5 Prozent geblieben, die aktuellste Allbus-Befragung von 2010 weist 2,1 Prozent aus. Auch im gerade erschienenen Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung ist von 2 Prozent Hausfrauen im Osten die Rede. Das ist eine Größe, die aus statistischer Sicht vernachlässigt werden kann. Im Westen ist der Anteil von etwa 30 Prozent auf jetzt 18 Prozent gesunken. Auch was die zugehörige Polemik betrifft – Stichwort Rabenmutter oder auch die abwertenden Argumente zur öffentlichen Kinderbetreuung – zeigt sich jetzt ein sachlicheres Herangehen. Das betrifft auch die Auffassungen zur DDR-Familie. Inzwischen werden sowohl die Rückzugs-These als auch die These von der Versorgungsgemeinschaft kritisch gesehen¹²

Auch zur Geburtenhäufigkeit und zu anderen familiären Entscheidungen gibt es in den letzten Jahren eine Entwicklung, die sich deutlich von der in den 90er Jahren unterscheidet. Seit 2008 ist die Geburtenrate im Osten wieder höher als im Westen (ganz ohne Instrumentalisierung). Vor allem gibt es im Osten keinen Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau der Mutter und Kinderlosigkeit. Während für die alten Länder nach wie vor gilt, dass vor allem hoch qualifizierte Frauen auf Kinder verzichten, gibt es in den neuen Ländern – genau wie in der DDR - diesen Trend nicht. Im Gegenteil, es sind gegenwärtig im Osten gerade die hoch gebildeten Frauen, die die Mütterrate der letzten DDR-Jahre wieder erreicht haben. Auch Frauen, die eher zum unteren Teil der Bildungsskala gehören, verhalten sich bezüglich Familiengründung im Osten völlig anders als im Westen. Im Osten gehören sie eher zu den Kinderlosen, im Westen eher zu den Kinderreichen. Im Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung werden diese regionalen Unterschiede – sicherlich zu Recht - mit den unterschiedlichen

¹¹ Johannes Huinink, 1993, Familienentwicklung und Haushaltgründung in der DDR: Vom traditionellen Muster zur instrumentellen Lebensplanung? Arbeitsbericht 5/93 des Projektes "Lebensverläufe und historischer Wandel in der ehemaligen DDR", Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin

¹² Gitta Scheller, Partner- und Eltern-Kind-Beziehung in der DDR und nach der Wende, In Aus Politik und Zeitgeschichte B19/2004

frauenpolitischen Traditionen begründet¹³. Geht man davon aus, dass Frauen, die heute im gebärfähigen Alter sind, bestenfalls Kindheitserinnerungen an die DDR haben können, so ergibt sich daraus, dass es im Osten stabile Familien-Orientierungen geben muss, stabile familiäre Verhaltensweisen, die sich auch auf die junge Generation übertragen und die – wie alles Familiäre - mehr durch Frauen als durch Männern geprägt werden. Vielleicht kann man von einer stabilen spezifisch östlichen Familienphilosophie sprechen.

Die auffälligen Unterschiede zwischen Ost und West in familiären Entscheidungen sorgen bis heute für Debatten zwischen den Frauen in Deutschland. Westliche Feministinnen hatten mit dem gesellschaftlichen Umbruch 1990 die Hoffnung verbunden, dass sich die ostdeutschen Frauen möglichst schnell ihres Frau-Seins bewusst werden mögen, dass sie sensibilisiert werden für patriarchale Strukturen. Bekanntlich verband die so genannte Zweite Frauenbewegung der Bundesrepublik, die ihre Hoch-Zeit Anfang der 70er Jahre hatte, im Allgemeinen Patriarchatskritik mit Kapitalismuskritik. Ihre These war: Kapitalismus funktioniert nur zusammen mit Patriarchat, weil die kapitalistische Ausbeutung geschlechtsspezifische Arbeitsteilung braucht¹⁴. Diese These ist sicherlich richtig, aber für die Analyse von DDR-Verhältnissen nicht hilfreich. Ich meine, es ist an der Zeit, dass jetzt ostdeutsche Frauen ergänzen: Patriarchat funktioniert aber auch ohne Kapitalismus, nur anders. Ich meine, die bis heute spürbare andere Frauen- und Familienpolitik der DDR hat das Patriarchat gezügelt, aber nicht infrage gestellt. Die unterschiedlichen frauenpolitischen Traditionen, die im Gleichstellungsbericht zur Sprache kommen, sprechen nicht gegen gemeinsame Traditionen.

Das möchte ich an einigen von mir ausgewählten Aspekten erläutern – in Ermanglung wohl definierter Indikatoren, mit denen man patriarchale Gesellschaften messen könnte.

Erstens. Es gab auch in der DDR eine unangefochten hierarchische Sicht auf **Öffentlichkeit und Privatheit**. Die in der Öffentlichkeit geleistete Arbeit erfuhr eine sehr viel höhere Wertschätzung als die in der Privatheit, nicht nur gemessen an der Bezahlung. Nur die in der Öffentlichkeit erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen wurden mit gesellschaftlichem Fortschritt in Zusammenhang gebracht. Zu Öffentlichkeit und Privatheit gibt es seit den 60er Jahren in Deutschland intensive Debatten und zahlreiche Publikationen, aber nur als Kategorien der modernen bürgerlichen Gesellschaft. Für diese ist nachgewiesen, dass öffentliche und damit als relevant geltende Lebensäußerungen dem Manne, dass private und damit als unwichtig geltende Lebensäußerungen der Frau zugeordnet werden¹⁵. Inwieweit eine solche Auffassung auch für Gesellschaften gilt, in

¹³ Gutachten für den Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung „Neue Wege – gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf“, Berlin 2011, S. 101

¹⁴ Vgl. Frigga Haug, Die Vier-in-einem-Perspektive, Politik von Frauen für eine neue Linke, Hamburg 2008, S. 315 ff

¹⁵ Elisabeth Klaus, Öffentlichkeit und Privatheit. Frauenöffentlichkeiten und feministische Öffentlichkeiten. In: Ruth Becker, Beate Kortendiek (Hrsg.) Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden Empirie, Wiesbaden 2004, S. 212

denen die Frauen massenhaft in die Öffentlichkeit geholt wurden, ist aus meiner Sicht nicht erforscht. Es fehlen auch sozialwissenschaftliche Aussagen zur Trennwand zwischen Öffentlichkeit und Privatheit, die in der westlichen Soziologie als „strukturelle Rücksichtslosigkeit des Öffentlichen gegenüber dem Privaten“¹⁶ wirksam wird und die in der DDR bekanntlich sehr viel durchlässiger war. Was im privaten Bereich passierte, unterlag in der Öffentlichkeit keiner Schweigeverpflichtung. Seit den 60er Jahren waren die Arbeitsstätten „soziale Orte“, in denen Kindereinrichtungen, Essenversorgung, medizinische Versorgung, Urlaubsangebote, Freizeitangebote, Kosmetik, Friseur usw. angeboten wurden, mit denen also das Privatleben helfend beeinflusst wurde.

Gleichzeitig fehlen nach meiner Wahrnehmung Analysen über die Kehrseite dieses Themas. Die durchlässigere Trennwand zwischen Öffentlichkeit und Privatheit hatte nicht nur eine helfende Funktion, sondern auch eine kontrollierende. Immer gemäß dem Grundsatz, dass in der Öffentlichkeit entschieden wird, was auch im Privaten erstrebenswert ist.

Als Beispiel dafür könnten die Debatten um den Erziehungsstil der DDR-Eltern dienen, die seit den 50er Jahren geführt wurden, zunächst als parteipolitische Forderung¹⁷, später im Zusammenhang mit umfangreichen soziologischen Untersuchungen¹⁸. Die Ergebnisse waren immer ähnlich: Die Väter könnten ihre Kinder richtig erziehen, tun es aber zu wenig, die Mütter tun es, können es aber nicht gut genug, weil sie die sozialistischen Orientierungen noch zu wenig verinnerlicht haben.

Mit der hierarchischen Sicht auf Öffentlichkeit und Privatheit ist verbunden, dass es auch in der DDR eine Auffassung von gesellschaftlich notwendiger Arbeit gab, die Frauen benachteiligte. Das betrifft nicht nur das Hausarbeitsproblem, auf das ich aber als erstes hinweisen möchte. Bekanntlich gehört zur Geschichte der Arbeiterbewegung die Auffassung von Adam Smith, dass Hausarbeit nicht produktiv ist. Diese Arbeit wurde in

¹⁶Franz-Xaver Kaufmann, Zukunft der Familie. Stabilität, Stabilitätsrisiken und Wandel der familialen Lebensformen sowie ihre gesellschaftlichen und politischen Bedingungen, München 1990

¹⁷ „Die Kinder unserer Genossen müssten ausnahmslos die fortschrittlichsten und bewusstesten unter den Kindern sein... Dass das längst nicht alle Genossen erkannt haben, zeigte sich in ... (einer) Versammlung ... Dort meldete sich kurz vor Schluss der Debatte Genosse M. zu Wort und erklärte sinngemäß folgendes: Genossen, diese Diskussion hat mich davon überzeugt, dass ich mich um die Erziehung meiner Kinder kümmern muss. Ich bin Kaderleiter, viel unterwegs in der Republik und habe bisher die Erziehung meiner Kinder ausschließlich meiner Frau überlassen. Ich sehe aber jetzt ein, dass das falsch ist. Ich werde mich daher in Zukunft, so viel ich kann, selbst um die Erziehung der Kinder kümmern.“ Lotte Ulbricht, Machen wir unsere Kinder immun gegen die bürgerliche Ideologie! Artikel im „Neuen Weg“ April 1958. In: Lotte Ulbricht, Reden und Aufsätze, Berlin 1968, S. 165

¹⁸ „Die Väter haben konkretere Vorstellungen über das sozialistische Menschenbild und von den anzuerziehenden Persönlichkeitseigenschaften als die Mütter. Die vorhandenen Potenzen werden jedoch insgesamt noch zu wenig erziehungswirksam, weil die Väter für die Erziehung in der Familie zu wenig Verantwortung tragen und am Erziehungsprozess unzureichend beteiligt sind... Der Erziehungstätigkeit der Mütter ... liegen allgemeinere, weniger am sozialistischen Erziehungsziel orientierte Vorstellungen zugrunde; sie bestreiten aber den Hauptteil der täglichen Erziehungsarbeit“ (grüne Hefte 4/73, S. 3, S. 64)

den konzeptionellen Überlegungen zur sozialistischen Gesellschaft Anfang des 20. Jahrhunderts weitgehend ausgeschlossen, allerdings mit der damals plausibel erscheinenden Begründung, dass für die „barbarisch unproduktive, kleinliche, entnervende, abstumpfende, niederdrückende Arbeit“ in der Hauswirtschaft demnächst die Umgestaltung zur sozialistischen Großwirtschaft beginnt¹⁹. Mit diesem berühmt gewordenen Lenin-Zitat war zwar ein DDR-Haushalt nicht (mehr) zu beschreiben, aber die Auffassung, dass es sich bei Hausarbeit um ein auslaufendes Modell handelt, blieb erhalten.

Forschung zu diesem Thema, zu Inhalt, Umfang, Verantwortlichkeit für unbezahlte Arbeit im DDR-Haushalt begann 1966 und wurde später immer wieder fortgesetzt. Fußnote: Ein vergleichbares Projekt aus anderen Ländern ist mir nicht bekannt. Heute kann man diese Forschung, die in den „grünen Heften“ publiziert wurde, als Indiz für die Ernsthaftigkeit der Gleichberechtigungsbestrebungen werten, aber ihre Ergebnisse auch als Indiz für die Hilflosigkeit gegenüber stabilen patriarchalen Strukturen, von Männern und Frauen immer wieder reproduziert. Denn immer wieder wurde festgestellt, dass erstens für die Erledigung der Hausarbeit mehr Zeit gebraucht wurde als für die Berufsarbeit und dass zweitens diese Zeit zu 70 bis 80 Prozent die Frauen aufbrachten, auch wenn sie berufstätig waren²⁰.

Aus heutiger Sicht ist besonders interessant, dass Lösungen für das Hausarbeit-Problem zunächst in drei Richtungen gesehen wurden: Zum einen sollten bestimmte Arbeiten im Haushalt ganz und gar weggelassen werden, zum zweiten sollten mehr Arbeiten an gesellschaftliche Dienstleistungsbereiche ausgelagert werden (die Leninsche Empfehlung), zum dritten sollte im Haushalt selbst mehr rationalisiert, mehr Technik eingesetzt werden²¹. Partnerschaftlicher Arbeitsteilung zwischen Frau und Mann schien dann nicht mehr notwendig zu sein, zumindest gehörte dieser Gedanke in den 60er Jahren nicht mit zu den Zukunftshoffnungen. Die erste Empfehlung wurde offenbar von den DDR-Frauen angenommen, denn bis heute ist nachweisbar, dass in ostdeutsche Haushalte weniger Zeit investiert wird als in westdeutsche. Der zweite Weg – öffentliche Dienstleistungen – wurde begonnen und die gesellschaftlichen Bedingungen dafür wurden bis DDR-Ende immer wieder angemahnt. Den dritten Weg, den Einsatz technischer Haushaltgeräte, sah man schon bald kritisch, weil sich herausstellte, dass der Zeitaufwand für Hausarbeit trotz Technisierung nicht geringer wurde. Übrigens in Kontinuität zur heutigen Forschung und Sozialberichterstattung. Auch der jüngste Familienbericht der Bundesregierung weist darauf hin, dass seit mehr als 100 Jahren Umfang und Verantwortlichkeit für die unbezahlte Arbeit im deutschen Haushalt fast

¹⁹ Wladimir Ilitsch Lenin, Die große Initiative, In: Ausgewählte Werke in drei Bänden, Band III, Berlin 1970, S. 263

²⁰ Grüne Hefte 5/66, S. 22

²¹ Grüne Hefte 4/66, S. 8 und 5/66, S. 32

stabil geblieben sind und dass jede technische Neuerung im Haushalt andere, bisher nicht erforderliche Arbeiten hervorrufen würde (Wartung des Maschinenparks). Gegenwärtig wird für Hausarbeit das 1,5-fache an Zeit im Vergleich zur Erwerbsarbeit aufgewandt, zu etwa zwei Drittel von Frauen.

Eine zweite Überlegung zum Thema gesellschaftlich notwendige Arbeit. Nach meiner Erfahrung enden viele feministische Debatten und Konferenzen mit der Forderung nach einer neuen Arbeitsdefinition. Wir müssen neu und aus Frauensicht definieren, was gesellschaftlich notwendig ist. Wir müssen nicht alles mitmachen, was technisch machbar ist. In der DDR gab es, abgesehen von den allerletzten Jahren, keine feministischen Debatten. Und als der Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft Ende der 70er Jahre weltweit als „große Hoffnung“ für die Arbeitsgesellschaft²² diskutiert wurde, fühlten wir uns nur partiell angesprochen, weil unsere Arbeitsgesellschaft nicht in Gefahr schien. Heute meine ich, dass das Unbehagen über einen männlich definierten Arbeitsbegriff und dass die spezifischen Frauenprobleme im Zusammenhang mit der Arbeit im Dienstleistungssektor auch in die DDR gehört hätten. Gesellschaftlich ernst genommene und deshalb gut bezahlte Arbeit war auch in der DDR an das Herstellen und Verändern von Gegenständen gebunden. Die Tarifpolitik war darauf ausgerichtet, das Pflegen und Erhalten des Vorhandenen geringer zu schätzen als das Herstellen und Verändern. Und auch in der DDR hatte dieses Thema eine Geschlechterdimension. Übrigens hat sich in den letzten Jahren, die nichts mehr mit der DDR-Geschichte zu tun haben, innerhalb des stark angewachsenen Dienstleistungssektors eine neue Geschlechtertrennung ergeben. Männer pflegen und erhalten Sachen, Frauen pflegen und erhalten Personen. Und prompt werden personenbezogene Dienstleistungen schlechter bezahlt als sachbezogene und gibt es bei den personenbezogenen Dienstleistungen weniger Vollzeitjobs als bei den sachbezogenen²³. Es gibt aber keine plausible Begründung dafür, dass der Gesellschaft die Pflege eines Babys weniger Wert ist als die Pflege einer Datei. Es sei denn, man lässt sich auf feministisches Gedankengut ein, wie es z. B. im jüngsten Familienbericht festgehalten ist: „Es gibt eine gesellschaftliche Geringschätzung weiblicher Tätigkeitsfelder, auch jenseits der Familienarbeit“²⁴. Diese Geringschätzung gab es auch in der DDR und in den anderen sozialistischen Ländern. In dem Maße, in dem beispielsweise in der Sowjetunion der Arzt-Beruf von Frauen ausgeführt wurde, verlor er an gesellschaftlichem Wert, wurde er schlechter bezahlt.

Ein zweiter Aspekt. Mit **Gleichberechtigung** war in der DDR Heranführen der Frauen an Männerniveau gemeint. Das erklärte Ziel war Einbeziehung der Frauen in die Öffentlichkeit, in die Berufstätigkeit – aus heutiger Sicht nicht wenig. Aufgabe der Männer

²² Daniel Bell, 1979 Die nachindustrielle Gesellschaft, Reinbek bei Hamburg 1979

²³ Gender-Datenreport. Kommentierter Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland, München 2005, S. 127

²⁴ Siebter Familienbericht „Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik“ Berlin 2005, S. 153

war es, Frauen dabei zu unterstützen. Schon für August Bebel war selbstverständlich, dass es Sache der Frau sei, „zu beweisen, dass sie ihre wahre Stellung ... in den Kämpfen der Gegenwart für eine bessere Zukunft begriffen hat und entschlossen ist, daran teilzunehmen. Sache der Männer ist es, sie in der Abstreifung aller Vorurteile und in der Teilnahme am Kampfe zu unterstützen.“²⁵. Diese Logik, Frauen müssen neue Wege gehen und Männer müssen sie dabei hilfreich begleiten, war gewissermaßen der Kompass, der die Frauenpolitik prägte. 1971 erschien eine Publikation in der Soziologie-Reihe zu „Problemen der Frauenqualifizierung“, in der festgehalten wird, dass für Frauen vor allem das Selbststudium wichtig ist. „Der Mann sollte seiner Frau auch helfen, Probleme des Selbststudiums zu klären“²⁶. Dass er dazu in der Lage ist, dass er gewissermaßen schon dort ist, wo sie hin will, wurde auch noch zu diesem Zeitpunkt als normal vorausgesetzt. Dabei existierte das hierarchische Bild von Mann und Frau selbstverständlich nicht nur in den Köpfen von Männern. Aus Analysen von Ehescheidungsverfahren oder auch von Heiratsannoncen, die Anfang der 70er Jahre durchgeführt wurden, ist abzuleiten, dass Frauen, zumindest im zweiten Anlauf, überwiegend Männer suchten, zu denen sie „aufblicken“ konnten, die nicht nur älter waren, sondern auch einen höheren sozialen Status hatten²⁷. Frauen nahmen sich also auch selbst als unvollständige Männer wahr. Die Begrifflichkeit gab es zwar in der DDR nicht – ich habe sie aus westlicher Literatur entnommen²⁸ – aber es gab den Fakt.

Zu diesem Thema – wer muss sich ändern, wer entspricht schon dem Leitbild - gibt es neuerdings interessante Vergleiche der Familien-Gesetzgebung in der ehemaligen BRD und der DDR im Zusammenhang mit den Rollenbildern von Frauen und Männern. Es zeigt sich, dass in den Gesetzen beider Staaten „die Rollenbilder von Frauen und die Verhaltenserwartungen an Frauen überaus deutlich ausgeprägt“ waren und dass sie sich beträchtlich voneinander unterschieden, während die Rollenerwartungen an Männer in den Gesetzen nicht so deutlich und nicht so unterschiedlich durchscheinen²⁹. Mit anderen Worten, in beiden deutschen Staaten wusste man genau, wie Frauen sein sollten, welches Verhalten unterstützt, welches unterdrückt werden sollte. In der alten Bundesrepublik die Rücken freihaltende Hausfrau, besonders deutlich bis Ende der 70er Jahre, in der DDR die werktätige Mutter. Wie Männer sein sollten, spiegelt sich in den Gesetzen nicht im gleichen Maße wider.

Männliche Verhaltensweisen haben sich zwar – vom familiären Alltag erzwungen - in den 40 DDR-Jahren auch geändert (was bis heute als Ost-West-Unterschiede in der

²⁵ August Bebel, a. a. O. S. 613

²⁶ Wissenschaftlicher Rat für Soziologische Forschung in der DDR (Hg.), Probleme der Frauenqualifizierung, Berlin 1971, S. 45

²⁷ Grüne Hefte 4/71, S. 56 und Grüne Hefte 5/73, S. 80

²⁸ Frigga Haug, a. a. O. S. 97

²⁹ Gutachten für den Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung „Neue Wege – gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf“, Berlin 2011, S. 37

Männerforschung sichtbar wird), aber sie standen nicht offiziell zur Debatte und erst recht nicht zur Disposition. Einbeziehung der Männer in den Privathaushalt war keine politische Forderung (eine wissenschaftliche und eine private schon).

Und das, obwohl Clara Zetkin bereits 1899 einen Aufsatz veröffentlicht hatte, in dem genau das prophezeit wird: „Erschließt die Berufstätigkeit der Frau die Welt, so gibt sie dem Mann das Heim zurück. Denn wenn die Frau auf allen Gebieten menschlichen Schaffens als Mitarbeitende neben dem Mann steht, so gewinnt dieser Zeit und Kraft, als Mitarbeitender im Heim und bei der Erziehung der Kinder neben der Frau zu wirken“³⁰. Clara Zetkin sprach in diesem Zusammenhang von einem „Vollleben“, das Männer und Frauen im Sozialismus zu erwarten hätten. Die DDR hat dieses Vollleben nur für Frauen angestrebt und hat damit ganz bestimmt für die männliche Persönlichkeitsentwicklung Chancen vergeben. Für mich ist das ein Hinweis darauf, dass auch die theoretischen Wurzeln der DDR-Frauenpolitik neu gelesen, neu verstanden, neu interpretiert werden müssen – gewissermaßen mit der Weisheit einer Niederlage.

Drittens. Das **Abtreibungsverbot** gilt nach Ute Gerhard als „Kernstück der Frauenunterdrückung“ und wenn sich die Thesen von Gerda Lerner zur Entstehung des Patriarchats als richtig erweisen sollten, dann auch als Ausgangspunkt des Patriarchats. In der DDR bzw. SBZ wurde Abtreibung nach Kriegsende liberal behandelt, § 218 galt nicht mehr und einen neuen Paragraphen gab es zunächst nicht. Das ist ganz sicher ein Hinweis darauf, dass die Entscheidungsträger sehr wohl über Vergewaltigungen in der Nachkriegszeit informiert waren. Das musste aber ein Tabu-Thema bleiben, weil die Sowjetsoldaten nicht nur Männer, sondern auch Klassenbrüder waren. Im September 1950 wurde dann, noch von der provisorischen Volkskammer, das „Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau“ verabschiedet, das in § 14 – wie schon erwähnt – das Alleinbestimmungsrecht des Mannes in familiären Angelegenheiten aufhob, das aber auch in § 11 die soziale Indikation, die bis dahin zwar nicht de jure aber de facto wirksam war, zurücknahm³¹. Zweifellos eine patriarchale Entscheidung, die erst 1965 durch eine „Instruktion des Ministeriums für Gesundheitswesen“ wieder gelockert und 1972 aufgehoben wurde. Als Anfang März 1972 eine Abtreibung, „wenn die Frau es will“, als rechtens erklärt und dem Krankheitsfall gleichgesetzt wurde (also kostenlos war!), überraschte das möglicherweise manche JuristInnen und MedizinerInnen nicht, aber für die Masse der DDR-Frauen war dieses Gesetz das, als was es propagiert wurde: ein Frauentagsgeschenk. Das Gesetz wurde nicht wie das Familiengesetz einige Jahre zuvor im Entwurf breit diskutiert, und dass es bei der Abstimmung darüber in der Volkskammer erstmals Gegenstimmen und Stimmenthaltungen gab, erfuhren auch nur

³⁰ Clara Zetkin, Der Student und das Weib, 1899, In: Florence Hervé (Hrsg.) Clara Zetkin oder: Dort kämpfen, wo das Leben ist, Berlin 2008, S. 62

³¹ Karin Thietz, Ende der Selbstverständlichkeit? Die Abschaffung des § 218 in der DDR, Dokumente, Berlin 1992

wenige. Zum Thema Abtreibung im geteilten Deutschland sollten wir auf jeden Fall festhalten: Im Westen die lautstarke Forderung ohne juristisches Ergebnis, im Osten das juristische Ergebnis ohne lautstarke Forderung. Genau neun Monate vor der Veröffentlichung des DDR-Gesetzes fand im Westen die spektakuläre Stern-Aktion „Ich habe abgetrieben“ statt.

Viertens. Zu asymmetrischen **Machtstrukturen**, die nach Eva Cyba auf jeden Fall zur Charakterisierung des Patriarchats gehören. Das Thema kann auch für die DDR etwa so auf den Punkt gebracht werden: Je höher die Entscheidungsebene, desto weniger Frauen. Das ist seit 1990 relativ häufig diskutiert worden und war auch in der DDR kein Geheimnis. Wichtig ist mir, darauf hinzuweisen, dass es in den 40 Jahren deutliche Unterschiede in der Wahrnehmung dieser Asymmetrie gab. Solange Lotte Ulbricht Einfluss hatte, wurde das Problem zumindest angesprochen. Das Kommuniqué des Politbüros des ZK der SED „Die Frau – der Frieden und der Sozialismus“, das im Dezember 1961 veröffentlicht wurde, kritisiert in erster Linie, dass zu wenig Frauen an der „Lenkung des Staates“ beteiligt sind. Und Lotte Ulbricht ließ in der Folgezeit keine Gelegenheit aus, um öffentlich zu betonen, dass dieses Kommuniqué vor allem für Männer geschrieben sei, weil sich vor allem Männer ändern müssten. Engstirnigkeit, Kurzsichtigkeit, mangelndes Vertrauen und Voreingenommenheit gegenüber Frauen seien zu überwinden³². Heute gelesen, hinterlassen die Texte um das Kommuniqué (bei mir) zwiespältige Gefühle, zum einen eine erstaunlich kritische Sicht (im Vergleich zu dem, was danach kam), zum anderen eine hoffnungslose Orientierung ausschließlich auf Bewusstseinsänderungen, auf Einstellungsänderungen. Dass festgeklopfte gesellschaftliche Strukturen die Frauen daran hindern könnten, Führungspositionen zu übernehmen, wurde nicht in Erwägung gezogen.

Ende der 80er Jahre jedenfalls lag der Anteil der Frauen an Leitungsfunktionen aller Ebenen bei etwa 30 Prozent. Genauso hoch ist zur Zeit im Osten der Frauenanteil an Führungskräften in der Privatwirtschaft. Im Westen beträgt der Anteil etwa 25 Prozent³³.

Fünftens. Zur **Geschichtsschreibung**. Die Geschichtsbücher enthielten wie überall vor allem die Taten der Männer, zusätzlich legitimiert durch die These, dass Geschichte vor allem Geschichte von Klassenkämpfen ist. Zur Veranschaulichung ein einziges Beispiel. Der kurze Aufsatz von Friedrich Engels „Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen“ gehörte in der DDR zur Grundausbildung. Aus meiner heutigen Sicht – die konnte Engels nicht haben - reflektiert dieser Aufsatz vor allem die Mannwerdung. Denn für Frauen hatte der aufrechte Gang unserer Vorfahren und die damit verbundene Arbeit noch ganz andere Folgen. Aufrechter Gang bedeutete auch, dass Frauen ihre Kinder nicht mehr auf dem Rücken tragen konnten, dass sie also eine der beiden frei gewordenen

³² Alles für die Entwicklung und Förderung der Frauen, Berlin 1964, S. 49

³³ Gutachten für den Ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung „Neue Wege – gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf“, Berlin 2011

Hände für das Kind brauchten, dass sie folglich bei der Nahrungssuche und auch bei der Abwehr von Feinden gegenüber dem Mann benachteiligt waren, Hilfe brauchten, vielleicht Beziehungen knüpfen mussten. Der aufrechte Gang bedeutete weiterhin, dass im Laufe der Jahrtausende das Becken eingeengt wurde, während gleichzeitig der Kopf des Ungeborenen wegen der Entwicklung des Gehirns größer wurde. Die Kinder wurden in der Folge davon, wenn sie eine Überlebenschance hatten, als Frühchen geboren. Das wiederum hieß, dass sich die Betreuungszeit für das Kind vergrößerte, weil es hilfloser zur Welt kam. Mitunter wird in der feministischen Literatur im Zusammenhang mit dem aufrechten Gang von der ersten Krise des weiblichen Geschlechts gesprochen³⁴ und nicht nur vom gesellschaftlichen Fortschritt.

Sechstens. Zu **Klasse und Geschlecht**, für mich in diesem Zusammenhang das wichtigste Thema, das gleichzeitig am meisten nach solider Forschung ruft. Über die Beziehungen zwischen Klasse, Geschlecht, Ethnie, Generation und andere gesellschaftliche Widersprüche muss neu nachgedacht werden. Für unbestreitbar halte ich, dass die absolute Dominanz der Klassentheorie, die das DDR-Konzept prägte, dem Patriarchat gut tat – oder anders: dass diese Dominanz den Blick verstellte für spezifische Potenzen der weiblichen Sozialisation.

Das möchte ich an zwei Beispielen verdeutlichen.

Zunächst am Rückblick auf DFD-Dokumente. Ich gebe zu, dass sich meine Einstellung zur einzigen Frauenorganisation der DDR, deren Mitglied ich seit 1969 war, im Zuge der Recherche solcher Dokumente sehr verändert hat. Schon die Tatsache, dass der DFD 1947 mit dem Gelöbnis von „schwesterlicher Verbundenheit“ gegründet wurde, ist bemerkenswert. Offizielle Dokumente der späteren DDR-Jahre enthielten ausschließlich die „brüderliche Verbundenheit“, die Bruderparteien, die Bruderländer. Und das war kein ehrliches Bekenntnis zur Dominanz von Männern, sondern meinte – ganz wie die Ode an die Freude – die Menschen im Allgemeinen. Die Gründungsfrauen des DFD schlossen mit ihrer Formulierung aber Männer aus, signalisierten Misstrauen gegenüber Männerpolitik und hatten nach 12 Jahren Faschismus ja auch allen Grund dazu. Alles in allem gerät bei der Dokumentenrecherche zum DFD das Bild einer biederen Organisation, die den Frauen die Parteibeschlüsse erläuterte, zumindest für die 40er und 50er Jahre sehr ins Wanken. Entsprechend autoritär wurde der DFD und seine jeweiligen Vorsitzenden in den Anfangsjahren behandelt, wurden seine Betriebsgruppen zunächst erlaubt, später verboten, wurde ihm ein Mitspracherecht bei der Gesetzgebung zunächst gestattet, später verwehrt, wurde seine Mitgliedschaft in der IDFF offiziell gewürdigt, unter der Oberfläche sehr misstrauisch beobachtet. Immer mit der Grundangst, dass die „bürgerlichen Frauen im DFD“ der führenden Rolle der Arbeiterklasse im Wege stehen könnten.

³⁴ Helen Fisher, a. a. O. S. 182

Vor allem Ende der 40er Jahre stand der DFD und mit ihm die gesamte Frauenarbeit der SED in harter Kritik. Seit wann gibt es in der Partei Männer- und Fraueninteressen? Diese Frage wurde im Neuen Deutschland sehr polemisch behandelt. Und in einer Vorlage für das Zentralsekretariat der SED ist zu lesen, dass die Partei sich zu wenig um die anderen Massenorganisationen kümmert und zu viel um den DFD, ohne „jedoch die klare politische Führung zu sichern...Die Arbeit zur Umerziehung der Frauenmassen muss verstärkt werden... Die Genossinnen des DFD werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, dass sie sich als Beauftragte der Partei zu fühlen haben“³⁵. Die Parteienunabhängigkeit, die zum Gründungsgelöbnis des DFD gehörte, wurde in den ersten Jahren von den Frauen ganz offensichtlich ernst genommen.

Später, nachdem drei DFD-Vorsitzende abgelöst worden waren bzw. wegen Krankheit nicht wieder kandidierten, wurden die Kritiken – den archivierten Dokumenten nach – seltener. 1953 fand in Berlin eine Konferenz statt, die unter dem Motto stand „Die Frauen fördern heißt die Kampfkraft der Arbeiterklasse stärken“. Frauenfrage und Klassenfrage also scheinbar in Übereinstimmung. Dennoch sprach Walter Ulbricht noch 1963 auf dem VI. SED-Parteitag die Hoffnung aus, dass der DFD nun auch „die letzten Reste von Sektierertum“ überwinden möge.

Zum Thema Klasse und Geschlecht ein zweites Beispiel, ein Rückblick auf Dokumente des Ersten Frauenkongresses 1964. Zunächst fällt auf, mit welchem riesigem Aufwand der Kongress vorbereitet und ausgewertet wurde. Monate vorher wurde festgelegt, zu welchen Terminen, einschließlich Tageszeiten, das DDR-Fernsehen über den Kongress berichtet, welche Briefmarken, welche DIA-Serien, welche Leserbriefaktionen vorzubereiten sind, worauf sich die Zeitungen und der Rundfunk einzustellen haben usw. Die Antragkommission, die sich im Vorfeld gebildet hatte, nahm mehr als 13.000 Anträge aus der weiblichen Bevölkerung entgegen, die den Frauenalltag in (für mich) berührender Weise widerspiegeln. Diese Anträge wurden noch vor dem Kongress analysiert und nach dem Kongress an die entsprechenden staatlichen Stellen weitergeleitet. Acht Monate nach dem Kongress mussten der Ministerrat und die Staatliche Plankommission über die „Verwirklichung der Vorschläge und Empfehlungen des Frauenkongresses“ berichten. Zwei Beispiele aus diesem Bericht:

- Ab 2. Halbjahr 1965 wird die volle Versorgung aller Bezirke der DDR mit löffelfertiger Kindernahrung erreicht
- Zur Erfüllung der Forderung nach kombinierbaren tischfertigen Gerichten werden noch im Jahr 1965 Espresso-Automaten importiert. Dadurch kann die Produktion von tischfertigen Gefriergerichten nahezu verdreifacht werden.

³⁵ SAPMO NY 4036/731

Die Dokumente sprechen zweifellos für ehrliche Fürsorglichkeit gegenüber Frauen. Aber sie sprechen auch für ein ungebrochenes Erziehungsbedürfnis und Misstrauen Frauen gegenüber. Denn sowohl im Vorfeld als auch nach dem Kongress wird der Bewusstseinsstand der Frauen scharf kritisiert. Sie würden immer noch vorwiegend Probleme diskutieren, die mit ihrem individuellen Leben zusammenhängen. Und solche Diskussionen seien angetan, von den Hauptfragen des Kongresses abzulenken³⁶. Ausgangspunkt solcher Kritiken war oft der Frauenwunsch nach Teilzeitarbeit und vor allem die Tatsache, dass die Frauen offen zugeben, dass „persönliche Interessen ausschlaggebend“ sind³⁷. In einer zusammenfassenden Information an das ZK der SED steht sinngemäß, dass die Frauen auf dem Kongress ihre Alltagsprobleme überbetont und die wichtigeren politisch-ideologischen Fragen völlig ungenügend behandelt hätten³⁸.

Als 1969 der zweite (und letzte) Frauenkongress stattfand, schienen die Frauen sich deutlich gebessert zu haben. In einer abschließenden Information, wahrscheinlich an das Politbüro, heißt es „Der Kongress machte eindrucksvoll sichtbar, dass die Frauen und Mädchen bereit sind, Verantwortung für das Ganze zu tragen. Sie beschäftigen sich nicht nur mit Problemen, die sich auf ihr unmittelbares Leben in der Familie, auf ihren Arbeitsplatz beziehen, sondern auch mit solchen, die das Vorwärtskommen unserer ganzen Gesellschaft betreffen³⁹. Aber das war dann wohl schon der Übergang zu Sprechblasen und der Abschied von Frauenpolitik überhaupt.

Soweit meine Überlegungen zum Thema „sozialistisches Patriarchat“. Ich hoffe, es ist mir gelungen, die Grenzen der Frauenpolitik deutlich zu machen, ohne den Chancenreichtum zu leugnen. Ich zähle mich zu den Ostdeutschen, denen die rückblickende Kritik weh tut, weil sie auch auf eigene Defizite verweist. Als ich mich vor mehr als 50 Jahren weltanschaulich entschieden habe, hielt ich die DDR für eine dauerhafte Alternative zur Bundesrepublik Deutschland. Heute weiß ich, dass sie bezüglich der Geschlechterverhältnisse nicht in jeder Hinsicht eine Alternative war. Oder anders: Dass eine neue Alternative konsequenter damit umgehen muss.

³⁶ SAPOMO DY 31/050

³⁷ SAPMO DY 34/24950

³⁸ SAPMO DY 30/IV/A2/17/60

³⁹ SAPMO DY 30/IV/A2/17/61